

Westapparat und Westpolitik der KPD/SED nach 1945*

Klaus Schroeder

Die Hoffnungen der KPD-Führung auf eine „bewaffnete Erhebung“ zum Sturz des nationalsozialistischen Regimes erfüllten sich nicht. Erst die militärische Niederlage besiegelte das Ende der Herrschaft Hitlers und seiner Partei. Die große Mehrheit der Bevölkerung, die zumindest bis Anfang der vierziger Jahre das totalitäre und terroristische Regime mitgetragen hatte, verhielt sich selbst angesichts des drohenden totalen Zusammenbruchs erstaunlich passiv. Unter diesen Bedingungen stieß jedwede unmittelbare Nachkriegspolitik von deutschen Akteuren auf enge Grenzen, zumal der bedingungslosen Kapitulation die uneingeschränkte Besatzungsherrschaft folgte.

Die „Anti-Hitler-Koalition“ konnte und wollte keine gemeinsame Strategie für das besiegte Deutschland entwickeln. Die unterschiedlichen und zunehmend gegenläufigen Interessen wurden spätestens im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta sichtbar. Im Abschlußkommuniqué von Jalta zeichneten sich die künftigen Konfliktlinien in Europa schon deutlich ab. Die Sowjetunion trachtete nach Ausweitung ihres Einflusßbereichs und versprach sich von Reparationen eine rasche Behebung der Kriegsschäden und die Stärkung der eigenen Wirtschaftskraft. Großbritannien favorisierte die Herstellung einer europäischen Balance, weswegen es eine Aufwertung Frankreichs und eine nicht zu weitgehende Schwächung Deutschlands wünschte. Den USA wurde zunehmend bewußt, daß ein stabiles Gleichgewicht in Europa nur durch

ein dauerhaftes amerikanisches Engagement zu gewährleisten war.

Die sowjetische Deutschlandpolitik, die maßgeblich von Stalin selbst festgelegt wurde, zielte insoweit auf den schnellen Aufbau kompatibler Gesellschafts- und Machtstrukturen in dem von ihr besetzten Teil sowie auf eine mittelfristige Transformationsstrategie für die Westzonen. Die offenkundige Ungleichzeitigkeit erzwang taktisch motivierte Rücksichtnahmen und eine flexible Verknüpfung der beiden Interventionsebenen.

Die Auswertung und Einordnung bisher zugänglicher Quellen und der Literatur lassen den Schluß zu, daß es der Sowjetunion mit ihrer Forderung nach dem Erhalt der deutschen Einheit nicht nur um die Neutralisierung Deutschlands ging, sondern um die sowjet-sozialistische Umgestaltung ganz Deutschlands und seinen Einbezug in den eigenen imperialen Machtbereich.

Rahmenbedingungen der Westpolitik

Diese Doppelstrategie hatte auch die von der Sowjetunion gesteuerte KPD zu berücksichtigen und ab April 1945 in Nachkriegsdeutschland umzusetzen. Einer der führenden KPD-Funktionäre, Anton Ackermann, brachte diese Erfordernisse schon im Juli 1944 im Moskauer Exil auf den Punkt: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein,“ und forderte den „Klassenkampf von unten und oben“.

Die von der KPD entworfene und später praktizierte Bündnisstrategie, nach der die Parteien der Arbeiterbewegung gemeinsam mit bürgerlichen Kräften eine antifaschistische „kämpferische Demokratie“ errichten sollten, diente genau diesem Zweck. Der vordergründige inszenierte Pluralismus im staatlich-politischen Raum in Gestalt eines Blocks von Parteien und Massenorganisationen mit der KPD als organisierendes und

* Der Text basiert auf einem Referat, das auf der Jahrestagung der German Studies Association im Oktober 1998 in Salt Lake City gehalten wurde.

kontrollierendes Zentrum sollte auf die Westzonen ausstrahlen, in denen Parteien erst Monate später von den Westalliierten zugelassen wurden. Die von der sowjetischen Besatzungsmacht unter dem Etikett der Entnazifizierung unverzüglich angeordnete Umgestaltung der Gesellschaft sollte darüber hinaus die Grundlagen für die erhofften weiteren Schritte der Transformationsstrategie für ganz Deutschland legen.

Stalin, der sich spätestens ab Mai 1945 wiederholt zum Sachverwalter der deutschen Einheit erklärte, verfolgte neben einer direkten Interventionsstrategie in den besetzten Ländern und einer auch konspirativen Umsturz- und Machteroberungspolitik, in deren Rahmen die von Moskau gelenkten kommunistischen Kadaver wirkten, das hegemoniale Ziel, die Vereinigten Staaten, den Hauptkonkurrenten im Kampf um die Weltmacht, aus Europa zu vertreiben. Hierbei spielte Deutschland eine maßgebliche, wenn nicht die entscheidende Rolle. Das Bestreben, den amerikanischen Einfluß in Westeuropa zu mindern und die amerikanische Präsenz zu erschweren bzw. zu verunmöglichen, prägte die Politik der Sowjetunion im übrigen bis Ende der 80er Jahre, und sie fand hierfür in verschiedenen Ländern, auch in der Bundesrepublik, Bündnispartner.

Der flächendeckende Aufbau der SMAD als oberste Machtinstanz und Lenkungszentrale der deutschen Kommunisten erlaubte der Sowjetunion eine flexible und detaillierte Gestaltung ihrer Politik. Je nach Einschätzung der aktuellen Lage konnte sie den Transformations- und Sowjetisierungsprozeß beschleunigen oder verlangsamen. Die KPD/SED agierte nach verbindlichen SMAD-Vorgaben, wobei sich im Laufe der Jahre ein festes Verbindungsnetz zwischen dem zentralen Parteiapparat der SED und der SMAD herausbildete, so daß auch unterhalb der Führungsspitzen eine direkte Abstimmung auf fachlicher Ebene

erfolgen konnte. Gleichzeitig kontrollierte die sowjetische Besatzungsmacht die Arbeit von KPD/SED mit geheimdienstlichen Mitteln.

Die vorgenannten Bedingungen galten auch und gerade für die West- und Deutschlandpolitik der KPD/SED. Sie war gleichermaßen ein Teil der sowjetischen Außenpolitik wie auch Ausdruck des Existenz- und später des Überlebenskampfes des SED-Staates als deutscher Teilstaat. Das hieraus resultierende spezifische Spannungsverhältnis überlagerte die Entwicklung der SBZ/DDR von Beginn an, wie es auch letztlich ihr Ende bedeutete.

Die sogenannte SED-Westarbeit, verstanden als apparative und operative Umsetzung der west- und deutschlandpolitischen Ziele der SED in den Westzonen und später in der Bundesrepublik, stützte sich auf eine Vielzahl von Einrichtungen, die nahezu alle Institutionen und Organisationen miteinbezog. Im Zeitraum von 1945 bis 1990 entwickelte die KPD/SED einen gigantischen Westapparat, der phasenweise durchaus erfolgreich operierte, aber letztlich den Niedergang und Untergang der DDR nicht verhindern konnte. Wenn auch mit wechselnden Zielen und Methoden blieb die Grundausrichtung der SED-Westarbeit doch gleich: Es ging um die gezielte Beeinflussung von Personen und Institutionen in der Bundesrepublik und deren (teilweise) Indienstnahme für die Zwecke der SED.

Die von der sowjetischen Besatzungsmacht vorgegebenen Ziele der Westpolitik versuchte die KPD/SED über verschiedene Instrumente zu realisieren. Ergänzend zu ihrer gesamtdeutschen Propaganda setzte sie gezielt ihren Westableger, die KPD, ein und schuf sich darüber hinaus spezielle konspirative Apparate. Die Lenkung und Koordinierung der Westarbeit lag in den Händen der Parteiführung, so daß die Vorgaben der Besatzungsmacht entsprechend

schnell und zentralisiert durchgestellt werden konnten.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ging es der KPD, die in ihrem Gründungsauf-ruf vom Juni 1945 einen gesamtdeutschen Anspruch formulierte, um die Möglichkeit gesamtdeutscher Einflußnahme. Die Sowjetunion erhoffte sich von der schnellen Zulassung von Parteien und Massenorganisationen sowie dem Aufbau von Verwaltungsstrukturen in Berlin eine vorentscheidende Wirkung auf Nachkriegsdeutschland insgesamt. Dies scheiterte am Widerstand der Westmächte und auch am Bestreben deutscher Politiker wie Adenauer und Schumacher, ein demokratisches und nicht von der Sowjetunion abhängiges Deutschland aufzubauen.

Aus Sicht der Sowjetunion und der KPD erhielt die Gestaltung der Parteienlandschaft und das Verhältnis der beiden Arbeiterparteien SPD und KPD besondere Bedeutung, da hierüber der Schlüssel für die Legitimation sozialistischer Politik und die Kontrolle der Parteienlandschaft gegeben war. Die KPD vereinbarte unmittelbar nach ihrer Zulassung eine enge Zusammenarbeit mit der SPD, lehnte jedoch zu diesem Zeitpunkt die von sozialdemokratischer Seite geforderte Verschmelzung ab. Ihr erklärtes Ziel - als hegemoniale Staatspartei zu wirken - konnte die KPD, anders als in der SBZ, in den Westzonen freilich nicht erreichen. Zwar war ihr Westableger, der auch nach der SED-Gründung weiter als KPD firmierte, in einigen von den Alliierten ernannten und 1946/47 gewählten Landesregierungen bis 1948 beteiligt, aber ihr politischer Einfluß und ihre Anziehungskraft blieben in der Bevölkerung eng begrenzt. Bei den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1946 erhielt die KPD zwischen 5% und 10% der Stimmen, ähnlich schnitt sie bei den Landtagswahlen 1946/47 ab. Im Wirtschaftsrat des vereinigten Wirtschaftsgebietes (1948) sowie im Parlamentarischen Rat (1948)

kam sie jeweils nur auf einen Mandatsanteil von unter 5%.

Angesichts der für die kommunistischen Parteien verheerenden Wahlausgänge in Ungarn und Österreich Ende 1945 und ernster Besorgnisse auf amerikanischer und britischer Seite über den sowjetischen Expansionsdrang ordnete die Sowjetunion die Verschmelzung von KPD und SPD in ihrer Zone an und erhoffte sich hiervon auch eine Initialwirkung auf entsprechende Bestrebungen in den Westzonen. Die im April 1946 gegründete SED erhob einen nationalen Anspruch und verstärkte ihre diesbezügliche Einflußnahmen in den Westzonen.

Die KPD als Instrument der SED-Westpolitik

Zwar konzentrierte die KPD ihre Kräfte unmittelbar nach Kriegsende auf die Arbeit im sowjetisch besetzten Teil, dennoch agierte sie in den Westzonen, wenn auch nicht systematisch angeleitet, sondern unter den spezifischen Bedingungen vor Ort. Dies entsprach keineswegs den Vorstellungen der KPD-Führung in Berlin, die deshalb schon im August 1945 ihren für Kaderfragen zuständigen Sekretär Franz Dahlem mit der Entwicklung eines Instruktionsplanes für die Westzonen beauftragte.

Im Vordergrund der Arbeit stand neben dem Aufbau von Parteistrukturen in den westlichen Besatzungszonen durch die Einsetzung, Lenkung und Kontrolle von Kadern die Informationsbeschaffung über die Entwicklung in den Westzonen. Die Berichte der Instrukteure über ihre Erfahrungen in den anderen Teilen Deutschlands, die im KPD-Sekretariat ausgewertet wurden, waren indes nicht gerade erfreulich. Immer wieder berichteten die Reisekader von vergangenheitsmotivierten Rivalitäten, von unzuverlässigen Genossen sowie von einer „riesigen Schere zwischen unseren Er-

folgsmöglichkeiten und den vorhandenen Kräften“.

Der Aktionseinheit mit der SPD, aber auch mit bürgerlichen Kräften auf lokaler wie auch auf regionaler Ebene galt das besondere Interesse der Instrukteure, schließlich sah man hier einen wichtigen Schlüssel für die Westausdehnung der Partei. Ulbricht plädierte im März 1946 für eine schnelle Vereinigungs- und Anschlußpolitik in den Westzonen: „In den Städten und Gebieten des Westens, wo die Aktionseinheit besteht, soll nach dem Vereinigungsparteitag die Vereinigung beschlossen und der Anschluß an die Sozialistische Einheitspartei durchgeführt werden.“ Dies wurde nicht Realität, auch wenn vor allem die Zusammenarbeit von SPD und KPD auf lokaler Ebene häufig anzutreffen war. Mit der entschiedenen Ablehnung der Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien durch Schumacher löste sich diese Zusammenarbeit jedoch allmählich auf, bis sie schließlich 1948 endgültig endete.

Unmittelbar nach der SED-Gründung richtete die Parteiführung eine „Abteilung Zonenleitung und Instrukteure“ ein, die der Parteispitze die Lenkung und Kontrolle der Westbezirke erleichtern sollte. Der Mitarbeiterstab bestand ausschließlich aus KPD-Leuten; die vereinbarte personelle Parität zwischen SPD und KPD galt hier nicht.

Die zentralistische Anleitung der KPD in den Westzonen stieß dort nicht unbedingt und immer auf Zustimmung. KPD-Funktionäre forderten eigene Zonenleitungen und eine einheitliche Leitung der KPD in den Westzonen. Kritik wurde auch an der vollständigen Unterordnung der KPD unter die SED-Direktiven geübt.

Nachdem im September 1946 der amerikanische Außenminister James Byrnes einen grundlegenden Kurswechsel der amerikanischen Deutschlandpolitik in Richtung Integration angedeutet und

Winston Churchill die Errichtung der „Vereinigten Staaten von Europa“ unter Einschluß Deutschland angeregt hatte, startete Stalin eine erneute Initiative für die Zulassung gesamtdeutscher Parteien, um doch noch auf ganz Deutschland Einfluß nehmen zu können. Die SED, die das geplante Manöver wegen der hierdurch notwendig werdenden Zulassung der SPD in der SBZ nicht gerade freudig begrüßte, reagierte hierauf mit der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD, um gegebenenfalls unverzüglich eine Vereinigung auf gesamtdeutscher Ebene vollziehen zu können. Da eine Verschmelzung mit der von Schumacher geführten SPD ausgeschlossen war, sollten anschließend unzufriedene Sozialdemokraten abgeworben werden. Noch bevor SED und KPD ihre Kampagne auf Zulassung gesamtdeutscher Parteien überhaupt entfalten konnten, war die Initiative durch die Uneinigkeit der ehemaligen Alliierten gestorben.

Im März 1947 reagierte der amerikanische Präsident Harry Truman auf die anhaltende sowjetische Expansionsstrategie mit der Ankündigung einer Politik der Eindämmung, und drei Monate später forderte sein Außenminister George Marshall ein Aufbauprogramm für Europa, inklusive Deutschland. Die unmittelbar darauf verkündete neue US-Direktive ICS 1779 betonte die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern und bereitete die nachfolgende Integration Westdeutschlands vor. Die Sowjetunion, die den Marshall-Plan als politisch motivierte wirtschaftliche Einflußnahme auf Europa wertete, lehnte die eigene Teilnahme wie auch die ihrer Satellitenstaaten ab. Die ökonomische und politische Spaltung Europas und der Welt war damit offenkundig geworden.

Unabhängig davon, daß die SED auf ihrem zweiten Parteitag im September 1947 den „Kampf um die Einheit Deutschlands“ zur Hauptaufgabe erklärte

und auf Weisung Stalins eine „Volkskongreßbewegung“ initiierte, zementierte sich die Spaltung Deutschlands weiter. Die SED verknüpfte jetzt ihre nationale Propaganda stärker mit den organisatorischen Vorbereitungen für die Gründung eines deutschen Teilstaates. Zunehmend ließ sie taktisch bedingte Rücksichtnahmen fallen und forcierte die formelle Umgestaltung von Partei, Staat und Gesellschaft. Gleichzeitig erklärte die SED nach der Gründung der Kominform im September 1947 ihre Zugehörigkeit zum sozialistischen Lager. Im Januar 1948 schließlich erklärte Otto Grotewohl, daß „an der Zerreißung Deutschlands in zwei Zonen nicht mehr gezweifelt werden kann“.

Die nachfolgenden gesamtdeutschen Initiativen der SED dienten insoweit eher propagandistischen als realpolitischen Zielen. Weder der zweite deutsche Volkskongreß noch das „Volksbegehren für ein unteilbares Deutschland“ zeigten in den Westzonen Wirkung. Im Gegenteil: Die antikommunistische Grundhaltung der westdeutschen Bevölkerung nahm zu, dementsprechend der Einfluß der KPD ab. Letztere hatte bei den Landtagswahlen noch zum Teil mehr als 10% erzielen können und rutschte bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 auf 5,7% ab. Vorher hatte die SED vermutlich noch einen letzten Versuch zur Bildung einer gesamtdeutschen Partei unternommen. Als Reaktion auf die Londoner Konferenz der Westalliierten, die als Ergebnis die Bildung eines westdeutschen Teilstaates empfahl, beschloß die SED-Führung auf Weisung Moskaus im März/April 1948 die Bildung einer Gesamtzonenleitung für die KPD der Westzonen sowie eine Umbenennung ihres Westablegers in Sozialistische Volkspartei Deutschlands (SVD). Die KPD-Führung setzte diese Anordnung auf ihrer Parteikonferenz in Herne Ende April auch gegen den Widerstand einiger Delegierter durch.

Parallel hierzu bereitete die SED die Gründung der NDPD vor, die ihr Stalin schon ein Jahr zuvor erstmals empfohlen hatte. Diese Partei sollte national gesinnte Kräfte und kleine „NS-Parteigenossen“ in das politische System integrieren und die anderen bürgerlichen Parteien, die bei den Landtagswahlen 1946 überraschend gut abgeschnitten hatten, schwächen. Auch wenn es sich bisher quellenmäßig nicht belegen läßt, spricht doch einiges dafür, daß sich die SED durch eine Vereinigung mit der NDPD einschließlich der Umbenennung der fusionierten Partei in SVD die Option eröffnen wollte, durch Verschmelzung mit der West-SVD doch noch eine einheitliche Partei in Deutschland errichten zu können. Diese Option scheiterte freilich schon im Ansatz, da die Westalliierten der Umbenennung der KPD nicht zustimmten.

Die SED-Westarbeit mittels konspirativer Apparate

Die Westarbeit der SED erfolgte von Beginn an auch über konspirative Apparate der KPD/SED. Allerdings konnte die zeitgeschichtliche Forschung bisher erst die Umrisse von Strukturen und Tätigkeiten dieser Geheimapparate nachzeichnen, da die Quellenlage äußerst dürftig ist. Michael Kubina hat im Rahmen unseres Forschungsprojektes zum Aufbau des zentralen Parteiapparates diesen Bereich rekonstruiert, soweit es quellenmäßig möglich war.

Bedingt durch die besondere Situation eines geteilten Landes existierte von Beginn an ein enger Zusammenhang zwischen Abwehr- und Aufklärungsarbeit, der bis zum Ende der DDR für beide deutsche Teilstaaten bestand. Dies galt selbstredend auch und gerade für die Arbeit des MfS, selbst wenn ehemalige leitende Mitarbeiter der HVA der Öffentlichkeit ein anderes Bild suggerieren wollten.

Schon im Juli 1945 beschloß das KPD-Sekretariat den Aufbau eines parteieigenen Abwehrapparates, dessen Leitung Bruno Haid im November übernahm. In ihm wirkten weitere ehemalige Mitarbeiter des alten M-Apparates der KPD aus der Weimarer Zeit. Knapp zwei Jahre später überführte die Parteispitze den ausgebauten Haid-Apparat formal in das Referat „Abwehr“ in der Personalpolitischen Abteilung (PPA). Entsprechende Referate wurden auch auf Landesebene gebildet. Haid zur Seite stand Paul Laufer, der als Agent der KPD Ende der zwanziger Jahre in die SPD eingetreten war und nun als „SPD-Parität“ in das Abwehrreferat aufgenommen wurde. Ihr Auftrag war, das Eindringen „feindlicher Elemente“ in die Partei zu verhindern. Dies schloß selbstredend Westarbeit mit ein, da der „Feind“ von dort aus seine Aktivitäten gegen die KPD/SED betrieb. Besondere Aufmerksamkeit galt den Aktivitäten des SPD-Ostbüros, das auf Initiative Schumachers nach der SED-Gründung eingerichtet wurde.

Das Ausmaß diesbezüglicher Aktivitäten des Abwehrreferats und dessen Unterordnung und Anleitung durch den sowjetischen Geheimdienst, der schon im Sommer 1945 als KPdSU-Auslandsnachrichtendienst etabliert worden war, können bisher nur vage eingeschätzt werden. Sicher scheint nur, daß die Haid-Gruppe ein beträchtliches Informantennetz im Westen aufbauen konnte und schon Ende der vierziger Jahre mit dem Einschleusen von Einflußagenten in westliche Parteien und Institutionen begann. Der bisher bekannteste Einflußagent war zweifelsohne Günter Guillaume, den Laufer, der Mitte der fünfziger Jahre zum HVA-Führungsoffizier aufstieg, wahrscheinlich seit 1950 „betreute“. Darüber hinaus sollte der Abwehrapparat Links- und Rechtsabweichler in der Partei aufspüren und „bearbeiten“.

Das Abwehrreferat wurde Anfang 1949 aufgelöst, die Mitarbeiter auf verschiede-

ne Abteilungen aufgeteilt. Während Laufer in der gerade gebildeten Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK), die die Säuberung der Partei von „feindlichen Elementen“ systematisieren und beschleunigen sollte, fortan für die innerparteiliche Abwehrarbeit verantwortlich zeichnete, wurde Haid einer der vier Leiter der Westkommission und dort Referent für „Information“ und „bürgerliche Parteien“.

Zur Versorgung der KPD in den Westzonen mit Schulungs- und Propagandamaterialien baute die KPD-Führung daneben ab Anfang 1946 einen speziellen, der Abteilung Verkehr formal zugeordneten „Grenzapparat“ auf, dessen Leitung der ehemalige Komintern-Kader Richard Stahlmann (alias Artur Illner) übernahm. Die Mitarbeiter waren zwar formal verschiedenen Abteilungen im Zentralsekretariat zugeordnet, blieben jedoch organisatorisch unabhängig und waren direkt Dahlem unterstellt.

Die Stahlmann-Gruppe baute entlang der Zonengrenze eine Vielzahl von Grenz- und Kurierstellen auf und sicherte so auch den internen Schriftverkehr der SED-Führung mit der KPD und dem konspirativ arbeitenden Personal. Desweiteren organisierte und ermöglichte sie gesamtdeutsche Kampagnen und Aufmärsche.

Ab Anfang 1951 begann Stahlmann mit dem Aufbau eines vom KPD-Nachrichtendienst unabhängigen Auslands-Nachrichtendienstes der DDR, der im September 1951 als außenpolitischer Nachrichtendienst (APN) - getarnt als Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschung (IWF) - aus der Taufe gehoben wurde. Einige Jahre später wurde der APN zur Hauptabteilung Aufklärung (HVA) des Anfang 1950 gegründeten Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Stahlmann avancierte zum stellvertretenden Leiter dieser MfS-Abteilung, während sein vormaliger Stellvertreter Markus Wolf nun sein Vorgesetzter wurde.

Als dritte zentrale Figur in der Anfangszeit der SED-Geheimdienst- und Westarbeit kann der spätere Staatssekretär bzw. Minister für Staatssicherheit Ernst Wollweber angesehen werden. Wahrscheinlich auf Weisung der „sowjetischen Freunde“, für die er schon Mitte der dreißiger Jahre eine Sabotageorganisation aufgebaut hatte, versuchte Wollweber ab Frühjahr 1946, den alten N-Apparat der KPD wieder aufzubauen. Formal der deutschen Zentralverwaltung für Verkehr zugeordnet, organisierte er nicht nur einen illegalen Transportapparat für Schmuggelgüter aller Art, sondern baute ein Verbindungs- und Informantennetz in den Westzonen auf.

Mit den vorgenannten drei Apparaten schuf sich die SED bis Ende der vierziger Jahre die institutionellen und personellen Voraussetzungen für eine aktive Westarbeit. Nach den Forschungsergebnissen von Kubina war der Haid-Apparat für die politisch-operative Seite der konspirativen Abwehrarbeit zuständig und die Wollweber-Gruppe für den Bereich Aufklärung. Der von Stahlmann geleitete „Grenzapparat“ sorgte für die technisch-materielle Abwicklung der Westarbeit.

Über die Kapazitäten und Ressourcen der im Westen agierenden Apparate ist bisher wenig bekannt. Nach einem internen Papier umfaßte zur Jahreswende 1948/49 der gesamte Westapparat „100 bis 150 Menschen, 20 Lastkraftwagen, 10 Personenkraftwagen“ und verfügte über „unbeschränkte Geldmittel, unbeschränkte Benzinzuweisungen“ und erhielt „jede Unterstützung jeder nur denkbaren Organisation der sowjetischen Besatzungsmacht“.

Die Straffung und Vereinheitlichung der Westarbeit

Im Frühsommer 1948 waren die institutionellen Weichen für die Teilung Deutschlands endgültig gestellt: Der US-Kongreß bewilligte die Mittel für den

Marshall-Plan, und die Währungsreform in den Westzonen und einige Tage später in West-Berlin legte die Grundlagen für eine marktwirtschaftliche Entwicklung des im Aufbau befindlichen westdeutschen Teilstaates. Die Sowjetunion, die nun ebenfalls von einer faktischen Teilung ausging, versuchte, mit der Blockade West-Berlins wenigstens diesen Pfahl im Fleische ihres Besatzungsgebietes zu liquidieren. Sie sollte ihr Ziel nicht erreichen, im Gegenteil: Die Westalliierten garantierten die Existenz West-Berlins und die ehemaligen Kriegskontrahenten wurden nun zu Partnern. Der SED kam die Verschärfung der Blockkonfrontation durchaus entgegen, konnte sie jetzt doch ihre Partei offen als kommunistische Partei nach sowjetischem Vorbild ausrichten und die Instrumentalisierung von Institutionen, Wirtschaft und Gesellschaft zur Errichtung eines sozialistischen Staates beschleunigen. Gleichzeitig mußte Anton Ackermann seine These von einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ als eine „falsche, faule und gefährliche Theorie“ widerrufen.

Die SED reagierte auf diese Entwicklung überdies mit einer organisatorischen Umgestaltung und Straffung ihrer Westarbeit. Die im Februar 1949 gegründete Westkommission wurde direkt an das inzwischen gebildete Politbüro angebunden und Franz Dahlem unterstellt. In diese Kommission wurden auch konspirativ arbeitende Abwehr- und Aufklärungsspezialisten aufgenommen (u.a. Bruno Haid). Die Westkommission war der schon im Sommer 1948 eingerichteten „SMAD-Abteilung für allgemeine Information“ rechenschaftspflichtig.

Die Westkommission initiierte in der Folge den Aufbau von Westabteilungen in den Massenorganisationen und - nach Gründung der DDR - in den staatlichen Institutionen. Sie lenkte, koordinierte und kontrollierte deren Aktivitäten. Ebenfalls zentralisiert wurde die Anleitung der KPD, indem u.a. die Patenschaftsbezie-

hungen zwischen den Landesleitungen fortan zentral gesteuert wurden. Nach der formellen Trennung von SED und KPD und der Auflösung ihrer Arbeitsgemeinschaft im Januar 1949 übernahm die Westkommission auch die Anleitung der KPD-Führung.

Nach dem Ende der Berlin-Blockade im Mai 1949 intensivierten die Sowjetunion ihre Bemühungen, die Weststaatsgründung doch noch zu verhindern oder zumindest zu verzögern. Als Konsequenz sollte die SED ihre nationale Politik verstärken (Gründung der „Nationalen Front“) und die KPD stärker auf eine Einheitspolitik verpflichten. Dahlem legte die KPD-Führung im Juni 1949 auf diese Linie mit den Worten fest: „Nationaler Kampf ist Klassenkampf“. Doch die KPD-Parolen fanden in den Westzonen zunehmend weniger Gehör, da die Entwicklung in der SBZ negativ ausstrahlte. Bei den ersten Bundestagswahlen im August 1949 erhielt die KPD nur noch 5,7% der Stimmen. Da nach kommunistischer Logik nicht die angeordnete Politik, sondern nur die Umsetzung mangelhaft gewesen sein konnte, unterwarf die SMAD die SED-Westkommission und die KPD-Führung einer scharfen Kritik, was zu einer erneuten Umorganisation der Westarbeit wie auch zu einer Säuberung in der KPD führte. Die inzwischen personell verstärkte Westkommission löste die Parteiführung schon im Januar 1951 wieder auf. Ihre Mitarbeiter wurden in verschiedene Abteilungen, die spezielle Referate für Westarbeit einrichteten, umgesetzt. Die Anleitung der KPD übernahm nun das „Arbeitsbüro“ im ZK-Apparat, das im November 1951 in „Büro für gesamtdeutsche Arbeit“ umbenannt wurde.

Die SED setzte auch nach der Gründung der DDR, die sie als „deutschen Kernstaat“ bezeichnete, ihre nationale Propaganda fort. Der Nationalrat der Nationalen Front rief im Februar 1950 zur Herstellung eines „einheitlichen, demokrati-

schen, friedlichen und unabhängigen Deutschlands“ auf, und die SED forderte auf ihrem dritten Parteitag im Juli des gleichen Jahres die westdeutsche Bevölkerung zum „nationalen Widerstand gegen westliche Besatzungsmächte“ auf. Die KPD orientierte ihre Politik an dieser Hauptkampflinie und legitimierte mit ihrem Ende 1952 verfaßten Aufruf zum „revolutionären Sturz des Adenauer-Regimes“ ihr einige Jahre später erfolgtes Verbot. Allerdings war sie zuvor schon nahezu bedeutungslos geworden; bei den zweiten Bundestagswahlen erreichte sie nur noch etwas über 2% der Stimmen.

Fazit

Wie auch in den anderen Politikfeldern ordnete die KPD-/SED-Führung ihre Deutschland- bzw. Westpolitik den deutschlandpolitischen Optionen der sowjetischen Führungsmacht unter. Die Westapparate arbeiteten auf Weisung und unter Kontrolle der SMAD und der sowjetischen Geheimdienste. Eigene Spielräume gab es zumindest im ersten Jahrzehnt nicht. Dabei war die Westpolitik für die SED außerordentlich wichtig, wenn nicht sogar überlebensnotwendig, weil die DDR als kleinerer und fremdbherrschter Teil Deutschlands des Feindbildes Bundesrepublik zur Selbstlegitimation der SED-Herrschaft bedurfte. Die ostdeutsche Bevölkerung bewertete überdies die Entwicklung der SBZ/DDR an der Westdeutschlands. Die SED-Westpolitik zielte insoweit jenseits der anfänglichen Einheitspropaganda und der nachfolgenden Anerkennungspolitik auf einen revolutionären Umsturz und später auf eine Destabilisierung der westdeutschen Verhältnisse.

Trotz eines enormen personellen und vor allem propagandistischen Aufwandes gelang es der KPD/SED-Deutschland- bzw. Westpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht, ihre selbstgesteck-

ten bzw. von der sowjetischen Besatzungsmacht vorgegebenen Ziele zu erreichen. Sie konnte die Vorbereitungen zur Gründung eines westdeutschen Teilstaates nicht verhindern oder auch nur verzögern, wie es ihr auch nicht gelang, nennenswerte Teile der westdeutschen Bevölkerung für ihre Ziele zu gewinnen. Ihren Kampfauftrag, die nationale Einheit mit dem revolutionären Umsturz und dem Aufbau eines sozialistischen Gesamtdeutschlands zu verbinden, erfüllte sie nicht.

Nach dem Fehlschlag dieser Bemühungen diffamierte die SED die Bundesrepublik als Separatstaat unter westallierter Regie. Dem westdeutschen Alleinvertretungsanspruch begegnete die SED-Führung mit gleicher Münze und der Forderung nach deutscher Einheit auf sozialistischer Grundlage.

In dem Maße aber, wie die Sowjetisierung der SBZ öffentlich sichtbar wurde, ging der Einfluß ihres Westablegers - der KPD - in der westdeutschen Bevölkerung noch weiter zurück. Die Einheitspropaganda und die nationalen Parolen von SED und KPD gingen ins Leere, da eine breite Mehrheit der Westdeutschen die sich abzeichnende Freiheit und die Westintegration einer ungewissen und von sowjetischen Gnaden abhängigen Einheit vorzog. Damit scheiterte auch das übergeordnete Ziel der sowjetischen Außenpolitik, den amerikanischen Einfluß in Europa zu beseitigen oder zumindest zu vermindern. Deutschland wurde zu einer Schnittstelle des über vier Jahrzehnte währenden Kalten Krieges. Nicht zuletzt hier wurde er zugunsten des Westens entschieden.

Jenseits dieses Scheiterns ihrer Westpolitik in den unmittelbaren Nachkriegsjahren gelang es der SED jedoch, frühzeitig ein breites Informations- und Organisationsnetz aufzubauen, das ihr die Grundlage für spätere Einflußnahmen in der Bundesrepublik verschaffte. Hier wurden die Grundlagen für die Erfolge der SED-

Westpolitik in den siebziger und achtziger Jahren gelegt. Aber auch in diesen Jahrzehnten konnte sie in Westdeutschland nur Dinge verstärken oder unterstützen, die ohnehin aus den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen dieser offenen Gesellschaft erwachsen. Dies mag mancher als Schwäche interpretiert haben, doch gerade aus dem produktiven Umgang mit diesen Herausforderungen erwuchs die Stärke des westdeutschen Teilstaates.